

Zeichen der Zeit : politische Tendenzwende in Europa?

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **73 (1979)**

Heft 10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

WILLY SPIELER

Zeichen der Zeit

Politische Tendenzwende in Europa ?

«Wenn die Menschen Situationen als real definieren, sind sie in ihren Konsequenzen real», schreibt der amerikanische Soziologe W.I. Thomas. Wenn alles von «Tendenzwende» spricht, besteht zweifellos die Gefahr, daß sie auch tatsächlich eintritt. Es wird daher Zeit, daß Widerspruch sich meldet, nicht um seiner selbst willen, sondern weil die Wirklichkeit vorläufig noch wesentlich komplexer ist, als daß sie auf den einfachen Nenner einer Tendenzwende gebracht werden könnte. Was nach «Tendenzwende» aussehen mag, ist jedenfalls weniger ein Vormarsch des Rechtsbürgertums als vielmehr eine Glaubwürdigkeitskrise des Sozialismus. Es macht zwar eine Neue Rechte von sich reden, doch ihre Theorien sind so dürftig, daß sie kaum diskutiert würden, gäbe es nicht ein ideologisches und politisches Vakuum, das der unerfüllte Sozialismus hinterlassen hat. Dieser komplexe Sachverhalt soll hier verdeutlicht werden, nicht zuletzt im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen vom dritten Oktobersonntag.

Gegenläufige Entwicklung

Die Beobachtung einer «Tendenzwende» orientiert sich vor allem an der Tatsache, daß in den westlichen Industriestaaten die Versuche der Repression zunehmen. Allein, diese Wende wäre wohl nicht nötig, wenn ihr eine wirkliche Tendenz zugrunde läge. Würden die Bürger tatsächlich nach rechts driften, so könnte die Rechte sich von ihrer toleranteren Seite zeigen. Diese frühere Selbstsicherheit ist ihr jedoch abhanden gekommen. Daher darf gefragt werden, ob die «Tendenzwende» vielleicht gar nicht die objektive Entwicklung beschreibt, sondern viel eher den verzweifelten Versuch, diese Entwicklung aufzuhalten.

Entgegen der «Tendenzwende» verändert sich zumindest das Kräfteverhältnis in der Dritten Welt. Nach der Niederlage der USA in Vietnam sind nun auch jene amerikanischen Brückenköpfe eingestürzt, die durch Schah Reza Pahlewi im Iran und durch Somoza in Nicaragua personifiziert wurden. Und selbst im südlichen Afrika liefert der kapitalistische Imperialismus lediglich Rückzugsgefechte. Immer breiter wird die Front der Staaten, die sich seinem Herrschaftsbereich entzieht. Angesichts dieser wirklichen Tendenz erscheint das, was wir in Europa «Tendenzwende» nennen, eher als die ideologisch aufgeplusterte Reaktion eines aufgeschreckten, um seine Privilegien bangenden Besitzbürgertums. Vom ehemaligen Präsidenten einer schweizerischen Großbank war neulich zu hören, er empfehle für

längerfristige Kapitalanlagen nur noch die USA und Kanada, da diese beiden Staaten den unabwendbar gewordenen Sozialismus in Europa um wenigstens eine Generation überleben würden . . .

Aber auch im nationalen Rahmen kann die «Tendenzwende» nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Verteilungskämpfe verschärfen. Ermöglichte bislang das quantitative Wirtschaftswachstum eine stete Realloohnerhöhung und wurde es damit zum Garanten des «sozialen Friedens», so brechen mit den «Grenzen des Wachstums» die alten Klassengegensätze wieder auf. Mit dem Unterschied freilich, daß die organisierte Arbeiterschaft für die bevorstehenden Kämpfe weit besser gerüstet sein wird als je zuvor. Erhöht haben sich ihr Bildungs- und ihr Organisationsgrad. Erhöht hat sich aber auch, und zwar gerade dank materieller Besserstellung, das Selbstbewußtsein des arbeitenden Menschen. Dieser will nicht mehr als «lohnabhängig» gelten. Darum wehe, wenn das Kapital ihn spüren läßt, daß er es dennoch geblieben ist. Bei drohender Arbeitslosigkeit macht mancher zwar nur die «Faust im Sack». Doch auch diese Faust hat eine andere Qualität als die offene Hand, die sich jahrzehntelang darbot, um den «sozialen Frieden» zu besiegeln.

Gewiß häufen sich die Repressionsversuche. Doch wer sie zählt, sollte auch die Aktionen des gelungenen Widerstandes nicht übersehen. So hat der Schweizer Stimmbürger am 3. Dezember 1978 die Bundessicherheitspolizei unmißverständlich abgelehnt. Vom Tisch ist auch die Revision des Strafgesetzbuches, soweit sie die Möglichkeit geboten hätte, oppositionelle Gruppen zu kriminalisieren. (Vgl. NW 1978 326ff.) Und selbst der «Grauzonenentscheid» des Zürcher Regierungsrates mit seinen Ablegern in Bern und Baselstadt leitet keine Tendenzwende ein. Er bestätigt nur, was man schon lange wußte. Neu aber ist, daß ein solcher Entscheid nicht mehr hingenommen wird. Neu ist auch, daß, wer in Zürich zur «Grauzone» gehört, in Genf allseits geachteter Bürgermeister werden kann.

Alles andere als eine Tendenzwende signalisiert die heutige Alternativbewegung, soweit sie den «Sozialismus von unten» zu verwirklichen sucht. Sie ist in vielem glaubwürdiger als die «Jugendrevolte» der sechziger Jahre, die ohnehin nur den kleineren Teil der damaligen Jugend erfaßte, zudem mehr Mitläufer als bewußte Sozialisten hervorbrachte und oft für «Emanzipation» hielt, was nur ein kleinbürgerlicher Auslebeindividualismus war. Zu fragen wäre ferner, was im Bereich der «friedlichen Nutzung der Kernenergie» die Tendenz gewendet hat, wenn nicht der Widerstand gegen einen vor wenigen Jahren noch selbstverständlichen Fortschrittsglauben an die nukleare Großtechnologie. Und ist es nicht auch eine neue Tendenz, wenn die Mehrheit der Schweizer Bürger die Sparanstrengungen des Bundes auf die Militärausgaben konzentrieren will? (Vgl. NW 1979 56)

Bürgerlicher Autoritarismus

Trotzdem ist die Gefahr eines bürgerlichen Autoritarismus, der gerade die wertvollsten der bürgerlichen Freiheiten zum Verschwinden brächte, kein bloßes Schreckgespenst, sie nimmt vielmehr in dem Maße zu, wie die politische Tendenz in Richtung Sozialismus weist. Bürgerlicher Autoritarismus wird diktiert von der Angst einer untergehenden Klasse. Was ihn ideologisch besonders gefährlich macht, ist sein Vorwand, die Freiheit zu retten. Theodor Adornos Urteil, «daß, sollte es jemals Faschismus in Amerika geben, er Antifaschismus heißen würde», gilt auch für das kapitalistische Europa. So kann ein Franz Josef Strauß die Störer seiner Essener Wahlrede gleichzeitig als «rote Pöbelhaufen» und als «die besten Nazis, die es je gegeben hat», beschimpfen und sich anerbieten, «auch hier in Essen die Freiheit wiederherzustellen». Der hessische CDU-Vorsitzende Dregger überbietet dieses «Zwiedendenken» noch mit dem bösen Wort: «In Chile und Argentinien hat das Militär getan, was die Reichswehr 1933 gegenüber Hitler leider versäumt hat.»

Der angesehene französische Politologe Maurice Duverger wagte nach dem Umsturz in Chile die Prognose: «Die Kommune von 1871 und die Pressekommentare auf den Putsch in Chile zeigen, daß die europäischen Rechte in gleichen Umständen analog reagieren würde. Und sie hätte zweifellos die gleiche Unterstützung von seiten der Militärs.» Selbst eine oberflächliche Analyse bürgerlicher Zeitungen vom Herbst 1973 ergibt ein erschütterndes Bild demokratischer Unzuverlässigkeit in weiten Teilen unseres Bürgertums. Noch im Mai dieses Jahres erhielt ein publizistischer Vorreiter der chilenischen Rechtsdiktatur den «Max-Schmidheiny-Preis für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung» am 9. Management-Symposium in St. Gallen. Das jungfreisinnige Mitglied einer dem «Vorort» eng verbundenen Familie rechtfertigte diesen Publizisten im «Tages-Anzeiger» mit der Begründung, «daß autoritäre Regimes von sich aus wieder zu rechtsstaatlichen Verhältnissen zurückkehren». Uebertragen auf die Schweiz tönt das aus der rechtsextremen Ecke der SVP etwa so: «Wenn nun in der Schweiz der unwahrscheinliche Fall einträte, daß die PdA demokratisch an die Macht käme, hätte eine Minderheit das Recht, ja die Pflicht, eine Machtübernahme der Kommunisten gewaltsam zu verhindern.»

Autoritär darf also auch der «Liberale» sein, wenn er dadurch den Sozialismus verhindern kann. Läßt sich die Demokratie nicht im Sinne bürgerlicher Herrschaft manipulieren, so bleibt immer noch der Rückgriff auf Armee und Polizei. Es muß ja dabei nicht bleiben. Ein eingeschüchtertes und «umerzogenes» Volk, das den Schritt zum Sozialismus nicht mehr so schnell wagen wird, darf selbstverständlich wieder «demokratisch» wählen.

Wer im Sinne dieses bürgerlichen Autoritarismus schreibt und redet, fällt bei unseren bürgerlichen Kantonsregierungen aber auch «tendenziell» nicht in jenes «Vorfeld strafbaren Verhaltens», das sie — genau wie Strauß in seinen Wahlreden — «Grauzone» nennen. Wenn dagegen eine kommunistische Partei zur demokratischen Legalität steht, macht sie sich erst recht verdächtig, denn es ist laut Zürcher «Grauzonenentscheid» gerade «ein kennzeichnendes Merkmal staatsgefährdender Bestrebungen, daß sie sich langfristig entwickeln und ihre wahren Ziele, Taktiken und angewendeten Mittel nur zum Teil offen erkennen lassen». Einmal mehr droht unter dem Vorwand, die Rechtsstaatlichkeit zu wahren, die Herrschaft der Willkür.

Die Neue Rechte

Wie sehr das Besitzbürgertum moralisch und geistig abgewirtschaftet hat, erweist sich an den Ideologien, die es heute in Frankreich hervorbringt. In diesem Land, dessen Philosophien die Seismographen der europäischen Entwicklung sind, widerspiegelt die vulgäre Ideologie der «Nouvelle Droite» jene untergehende Kultur, die sie angeblich retten will. Sie hat im «Figaro» eine Plattform gefunden, durch die sie wöchentlich zwei Millionen Leser von der «naturegegebenen Ungleichheit der Menschen» zu überzeugen sucht. Ihr Einfluß reicht bis in die Ministerien der gegenwärtigen Regierung.

Erklärtes Ziel der «Nouvelle Droite» ist die «Wiederverwurzelung» der Menschen in einer hierarchischen Gesellschaft, die von einer «Elite der Fähigsten», im wirtschaftlichen Bereich von «freien Unternehmern» und im ideologischen Bereich von rechtsradikalen «Philosophen», geführt würde. Bei einzelnen Exponenten der «Nouvelle Droite» reicht der Forderungskatalog bis zur Abschaffung der «dekadenten Demokratie», ja bis zur Gründung eines eurofaschistischen Großreichs.

In der «Nouvelle Droite» begegnet uns die Bourgeoisie, die sich zu Ende denkt. Dieses Denken, das ernsthaft keines ist, bringt zur Darstellung, was das Besitzbürgertum meint, wenn es «Freiheit statt Sozialismus» skandiert, ein Bannfluch, unter dem sich am 1. April 1979 auch die kantonalzürcherische FDP zu einer Großmanifestation versammelte. «Freiheit statt Bolschewismus» hieß dieselbe Parole bei den Propagandisten des Nationalsozialismus.

Nicht zu übersehen ist auch die Vorliebe der «Nouvelle Droite» für die vorchristliche germanische Kultur, womit sich eine wüste Polemik gegen den «jüdisch-christlichen Monotheismus» verbindet. Diese Ablehnung der biblischen Botschaft hat wenigstens den Vorzug der intellektuellen Redlichkeit: Sie bestätigt den Widerspruch zwischen Reich Gottes und Reaktion. Zuvor schon hat ein deutscher Konservativer, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, der christlichen Theologie den «An-

schluß an die Weltrevolution» vorgeworfen und den Konservatismus vor der Unmöglichkeit gewarnt, seine Position durch «Exkurs auf die religiöse Offenbarung» begründen zu wollen. Damit tritt in der Tat eine «Tendenzwende» ein, eine Scheidung der Geister, die wir angesichts der «christlichen» Verhüllungsideologien für besitzbürgerliche Interessen nur begrüßen können.

Glaubwürdigkeitskrise des Sozialismus

So dürftig die Ideologien der Neuen Rechten sind, so sehr haben wir Grund, sie ernst zu nehmen. Die Mammonherrschaft, die darin sich geistig und moralisch ad absurdum führt, ist von genügend Blindheit geschlagen, um selbst im wissenschaftlichen Unsinn eines neu aufgelegten Sozialdarwinismus den Sinn der eigenen Rechtfertigung zu finden. Ein Niveau ist hier erreicht worden, auf dem die Grobschlächtigkeit des Denkens jederzeit in die Brutalität des Handelns umschlagen kann.

Ernst zu nehmen ist die ideologische Tendenzwende im Bürgertum aber vor allem wegen der Glaubwürdigkeitskrise des heutigen Sozialismus. Was sich als «Tendenzwende» darstellt, wäre ohne Chance, wenn die Menschen im Sozialismus wieder ein Zeichen der Hoffnung, die Verheißung einer neuen Brüderlichkeit erkennen könnten. Eben diese echte Alternative zu sein, hat der europäische Sozialismus jedoch in den Jahren seit 1945 verpaßt. Die in Sozialdemokraten und Kommunisten gespaltene Arbeiterbewegung hat ähnlich an Glaubwürdigkeit verloren wie die nach Konfessionen getrennte Christenheit. Weder den Sozialdemokraten noch den Kommunisten ist es gelungen, ihr Ziel des ökonomisch unentfremdeten Menschen in sozialistische Strukturen umzusetzen. Die einen haben den Kapitalismus überhaupt nicht, die anderen haben ihn nur mit Gewalt überwunden. Obwohl beide, gemessen an ihrem gemeinsamen Ziel, versagt haben, sabotieren sie sich heute mit schier unerträglicher Besserwisserie.

In Frankreich hat das wechselseitige Mißtrauen schon 1977 zum Bruch eines verheißungsvollen Linksbündnisses geführt. Ohne diesen Bruch gäbe es heute weder die Bereicherung für das Besitzbürgertum durch den Kaufkraftschwund für die Lohnempfänger, noch die gaullistische Forderung nach einer europäischen Nuklearstreitmacht mit Beteiligung der Bundesrepublik, noch eine «Nouvelle Droite» als Moderscheinung. In Portugal sind die Sozialisten nach anderthalb Jahren erfolglosen Regierens lieber ein Bündnis mit der am weitesten rechts stehenden CDS eingegangen, als daß sie zusammen mit den Kommunisten die großartigen Perspektiven der portugiesischen Verfassung eingelöst und die Landreform zu Ende geführt — statt teilweise wieder

rückgängig gemacht — hätten. Auch Spaniens Sozialisten würden vermutlich eine ähnliche Politik verfolgen, wären sie heute schon an der Macht. Vor lauter Angst, in einem durch vierzig Jahre Klerikalfaschismus entmündigten Volk anzuecken, verloren sie die eigenen Konturen und damit auch die Märzahlen.

Sind die französischen und iberischen Sozialisten wenigstens programmatisch dem zukunftssträchtigen Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung verpflichtet, so fehlt vor allem den westdeutschen Sozialdemokraten die Perspektive, die sie über die Verwaltung des Bestehenden hinausblicken ließe. Wie der Hamburger Bürgermeister Klose müssen sie sich eingestehen, «daß wir uns ziemlich handfest als Reparaturbetrieb des Kapitalismus betätigen». Die SPD ist eine «bessere CDU» geworden. Gesucht wird nur noch der beste Krisenmanager des Kapitalismus, des «Spätkapitalismus», wie man vor der «Tendenzwende» noch sagen durfte. Darin aber liegt die — sozialdemokratisch mitverschuldete — Chance für Franz Josef Strauß. Ähnlich steht es um die englische Labour-Partei, deren Revisionismus am 3. Mai mit dem Wahlsieg der Konservativen quittiert wurde. Auch das schwedische Volk hat am 26. September zum Ausdruck gebracht, daß es ihm ziemlich gleichgültig ist, ob es von bürgerlichen Parteien sozialdemokratisch oder von Sozialdemokraten bürgerlich regiert wird.

Der sozialdemokratisch versäumte Sozialismus hat freilich in der kommunistisch verhinderten Demokratie eine nicht zu unterschätzende Ursache. Die Zerschlagung sozialdemokratischer Parteien durch kommunistisch geführte Regierungen war nicht dazu angetan, das bestehende Mißtrauen abzubauen. Auch die Resultate proletarischer Diktatur, vor allem die Zentralisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, erinnern oft mehr an unsere kapitalistischen Oligarchien, als daß sie der Befreiung der Arbeit dienen. Der «real existierende Sozialismus» verinnerlicht den Kapitalismus nicht weniger als der «Sozialdemokratismus», wenn der Staat zu jenem «ideellen Gesamtkapitalisten» gemacht wird, vor dem Engels in seinem «Anti-Dühring» warnt: «Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus.»

Die Tatsache, daß sich der Kapitalismus bislang nirgendwo mit demokratischen Methoden überwinden ließ, ist das bislang unwiderlegte Argument für die Diktatur des Proletariats. Die Tatsache, daß die Diktatur des Proletariats die ökonomische Entfremdung nicht aufhebt, ist das unwiderlegbare Argument für den sozialdemokratischen Weg. Aus dieser Aporie hilft nur die Neubesinnung auf das gemeinsame Ziel, verbunden mit dem wechselseitigen Zugeständnis des eigenen Scheiterns. «Es muß sich», wie Leonhard Ragaz noch kurz vor seinem Tod

sagte, «ein neuer Sozialismus bilden, worin das Beste des demokratischen und des kommunistischen auf einer neuen Grundlage und in einer höheren Sphäre verbunden sein wird.» (NW 1945 387) Diese Synthese dürfte am ehesten im Sozialismus der Arbeiterselbstverwaltung liegen, zu dem die jugoslawischen Kommunisten einen großartigen Beitrag geleistet haben. Die Arbeiterselbstverwaltung ist die bislang einzige Form des Sozialismus, in der die Verfügungsgewalt über den Produktionsprozeß wirklich von den arbeitenden Menschen ausgeht. Sie könnte auch Grundlage einer neuen, durch keine Privatwirtschaft mehr unterwanderten Demokratie werden. Sie wäre darüber hinaus in der Lage, Ängste vor sozialistischer Bürokratie oder gar Diktatur, die weder nur bürgerlich noch nur gegenstandslos sind, zu überwinden. Gegen diese Form des Sozialismus hätte die «Tendenzwende» kaum eine Chance.

Die eidgenössischen Wahlen

Nicht unbedingt im Zeichen der «Tendenzwende» stehen auch die eidgenössischen Wahlen vom 21. Oktober 1979. Wenn nicht alles täuscht, werden sie der politischen Linken neue Sitzgewinne bringen. Die Sozialdemokraten werden davon profitieren, wenn sie sich dem Wähler als Alternative für eine «neue Schweiz» vorstellen. Wenn sie aber glauben, leisetreten und sich nach «links» abgrenzen zu müssen, werden kommunistische Parteien die linken Stimmen gewinnen. So wenigstens lautet die Quintessenz aus den letzten Kantonsratswahlen. In der Tat führen die Schweizer Sozialdemokraten ihren Wahlkampf nicht nur als Sachwalter des Bestehenden. Was sie gegen die Steuerhinterziehung, gegen ein korrumpierendes Bankgeheimnis, gegen die Waffenausfuhr und gegen Atomkraftwerke vorbringen, weist über das antisozialistische Schutz- und Trutzbündnis hinaus, das sich hierzulande «Konkordanzdemokratie» nennt. Von großer Bedeutung wäre auch das in der «politischen Erklärung» enthaltene Wahlversprechen, «alle Bestrebungen» zu unterstützen, die «in Richtung Selbstverwaltung» zielen, würde der Selbstverwaltungssozialismus wirklich zu einem Wahlkampfthema gemacht.

Zwar soll der Selbstverwaltungssozialismus in den Entwürfen zu einem neuen Parteiprogramm der SPS eine bedeutende Rolle spielen. Der Wahlkampf hinterläßt jedoch den Eindruck, als würde dieses Fernziel, das an beste genossenschaftliche Traditionen des Landes anknüpfen könnte, totgeschwiegen. Die bürgerliche Angst vor Systemveränderung wird verinnerlicht. Man steht nicht offen und offensiv dazu, Systemveränderer zu sein, ja um den Preis der eigenen Identität sein zu müssen.

Ueberwiegt jedoch die Taktik, so überwiegt in den Augen der düpierten Oeffentlichkeit der Wille zur Macht. Macht, die nicht im Dienste des Sozialismus instrumentalisiert wird, erscheint als Selbstzweck. Die beiden Sitze im Bundesrat stempeln die Sozialdemokratie zum Juniorpartner im bürgerlichen Machtkartell. Dabei wäre aus der Sicht eines konsequenten Sozialismus gegen die sozialdemokratische Bundesratsbeteiligung überhaupt nichts einzuwenden, wenn sozialdemokratische Bundesräte auch als konsequente Sozialisten auftreten könnten, wenn sie also nicht mehr länger der bürgerlichen Ideologie Vorschub leisten müßten, nicht dem Sozialismus, sondern einem alle Parteien und Klassengegensätze überragenden «Gemeinwohl» verpflichtet zu sein. Warum sollen sozialdemokratische Bundesräte nicht wenigstens vor den eidgenössischen Wahlen Farbe bekennen? Warum sollen sie nicht den Wahlkampf mitbestreiten, und zwar auch als Nationalratskandidaten? Warum sollen sie nicht sagen, was sie in der vergangenen Legislaturperiode anders entschieden hätten als der bürgerlich dominierte Gesamtbundesrat?

Wenn sich die Sozialdemokratische Partei nicht auch in ihrer Taktik von sozialistischen Zielsetzungen leiten läßt, dann kann es allerdings passieren, daß der Präsident dieser Partei selbst einen Kurt Furgler ins Militärdepartement hineinlobt, dann muß der Eindruck entstehen, daß sozialdemokratische und bürgerliche Bundesräte austauschbare Größen sind, dann werden die Wahlen zum Bestätigungsritual für die Diktatur des Bestehenden, dann sind politisch mündig im Grunde nicht mehr jene, die zur Urne gehen, sondern jene, die ihr fernbleiben, darunter heute schon 76 Prozent der Arbeiter.

Zuviel der Taktik bestimmt auch das Verhältnis der SP zu den Kommunisten, insbesondere zur Partei der Arbeit. Sind die Kommunisten stark, so steht der Zusammenarbeit nichts im Wege, so verstehen sich auch Listenverbindungen von selbst. Sind sie dagegen schwach, so fällt nur die Abgrenzung in Betracht. Entweder sind jedoch die Schweizer Kommunisten ein Bündnispartner der Sozialdemokratie, und dann sind sie es überall, oder sie sind kein Bündnispartner, und dann sind sie es nirgendwo. Aufgrund ihrer «eurokommunistischen» Entwicklung in Richtung Demokratie, aufgrund aber auch der sozialdemokratischen Entwicklung in Richtung Sozialismus sollte diese Frage grundsätzlicher beantwortet werden. Es darf jedenfalls nicht sein, daß die scheinbare «Solidarität der Demokraten» der möglichen Solidarität der Sozialisten im Wege steht. Nur durch die Solidarität der Sozialisten kann sich jener «neue Sozialismus bilden, worin das Beste des demokratischen und des kommunistischen auf einer neuen Grundlage und in einer höheren Sphäre verbunden sein wird».